



Ausgabe 6/2008

Alphamädchen und Betajungs

Im Januar veröffentlichte das Bundesministerium für Bildung und Forschung eine Studie zu den Bildungs(miss)erfolgen von Jungen. Die Ergebnisse zeigen, dass Jungen inzwischen deutlich hinter die Mädchen zurückgefallen sind:

- Je geringer die Schulform, desto höher ist der Jungen-Anteil. In Sonderschulen liegt der prozentuale Jungenanteil bei 64%, in Gymnasien bei 46%
- Jeder zehnte Junge bleibt ohne Schulabschluss
- Jungen werden seltener früher eingeschult und müssen öfter Klassen wiederholen
- Jungen mit Migrationshintergrund haben besonders ungünstige Bildungsverläufe;

sie weisen die niedrigsten Schulabschlüsse auf. Über 20% verlassen die Schule ohne Abschluss und nur 8,5 Prozent erreichen die allgemeine Hochschulreife. Übrigens: Ein Migrationshintergrund hat einen stärkeren Einfluss auf den Bildungsverlauf als das Geschlecht, auch Mädchen mit Migrationshintergrund werden im deutschen Bildungssystem deutlich benachteiligt.

[\[mehr zu diesem Thema\]](#)

MigrantInnen in der Beruflichen Bildung

Im vorherigen Artikel wurde bereits gezeigt, dass ein Migrationshintergrund den Bildungsverlauf stärker beeinflusst, als das Geschlecht – in der Regel leider negativ.

Eine neue Untersuchung des BiBB zeigt jetzt, dass auch MigrantInnen in der beruflichen Weiterbildung benachteiligt werden. In den Angeboten der beruflichen Weiterbildung laufen MigrantInnen bislang in der Regel "einfach mit" und das Spezifische ihrer Lernsituation wird bei der Gestaltung der Kurse kaum berücksichtigt. Eine bedarfsgerechte Unterstützung für diese Zielgruppe wäre aber sinnvoll und mit vergleichsweise geringem Aufwand möglich. Weiterbildung ist heute ein wesentliches Instrument zur Reduzierung des Arbeitslosigkeitsrisikos. Statistiken der Bundesagentur für Arbeit zeigen, dass die Teilnahmequote von Personen ausländischer Herkunft an den von ihr geförderten Weiterbildungs-Maßnahmen im Jahr 2005 nicht nur deutlich niedriger lag als in den Vorjahren, sondern auch niedriger als die der deutschen Arbeitslosen. Gleichzeitig liegt die Arbeitslosenquote unter AusländerInnen erheblich über der der Deutschen - im Jahr 2006 war sie mit 23,6 % mehr als doppelt so hoch:

Arbeitslosenquote von Ausländern und Deutschen

	2004	2005	2006
Deutsche	11,0	11,9	11,0
Ausländer	20,4	25,2	23,6

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die BiBB-Studie hat auch gezeigt, dass man den MigrantInnen mit kleinen Veränderungen Vieles erleichtern könnte:

- Wichtig ist für ausländische Kursteilnehmer zum Beispiel, dass die Dozenten klar und deutlich sprechen und keinen Dialekt oder komplizierte Satzkonstruktionen verwenden.
- MigrantInnen, die Deutsch nur als Zweitsprache sprechen sind außerdem stärker als deutsche Teilnehmer auf schriftliche Unterlagen angewiesen. Hilfreich sind auch Glossare, in denen Fachausdrücke erklärt werden.
- Auch bei den Prüfungen sollten die unterschiedlichen sprachlichen Voraussetzungen berücksichtigt werden. Bei Multiple-Choice-Aufgaben werden in den Frage- und Antwortvorgaben oft substantivische Formulierungen und zusammengesetzte Substantive verwendet, die für ZweitsprachlerInnen schwer verständlich sind. Es sollte grundsätzlich darauf geachtet werden, dass Prüfungsaufgaben klar und einfach formuliert sind.
- Referenten in der beruflichen Weiterbildung sollten außerdem sensibel auf kulturelle Unterschiede reagieren. TeilnehmerInnen, die aus sogenannten „Wirkulturen“ stammen wie beispielsweise AsiatInnen werden sich in Kursen anders verhalten, als Deutsche: Sie werden nur sprechen, wenn sie aufgerufen werden. Dem Referenten werden sie in der Regel nicht widersprechen und auch keine Kritik äußern. Dies und andere kulturelle Unterschiede sollten von den Referenten berücksichtigt werden.

www.bibb.de

DGB startet Volksbegehren zum Mindestlohn

Der DGB-Bayern hat am 1. Mai 2008 ein Volksbegehren für ein bayrisches Mindestlohngesetz gestartet. Ab sofort können sich Bürger und Bürgerinnen in die Unterschriftenlisten eintragen, die beim DGB erhältlich sind.

Das Volksbegehren ist in Bayern möglich, weil Artikel 169 der bayrischen Verfassung die Festsetzung von Mindestlöhnen für jeden Berufszweig erlaubt, „die dem Arbeitnehmer eine den jeweiligen kulturellen Verhältnissen entsprechende Mindestlebenshaltung für sich und seine Familie ermöglichen.“

In Bayern können inzwischen viele Menschen nicht mehr von ihrem Einkommen leben: 734.000 Menschen in Bayern verdienen weniger als 400 Euro, 377.000 Menschen müssen einen Nebenjob ausüben, weil ihr Einkommen nicht ausreicht. Umfragen haben gezeigt,

dass die Mehrheit der Bevölkerung für die Einführung von Mindestlöhnen ist.

FAQ von Auszubildenden als Hörspiel

Wir haben Antworten auf die wichtigsten Fragen von Azubis vertont! Die mp3-Dateien können unter www.azuro-muenchen.de angeklickt und angehört werden. Themen sind unter anderem: Nichts lernen, Überstunden, Abmahnung, Kündigung und Ausbildungsvergütung.

DGB Rechtsschutz GmbH wird zehn Jahre alt

Am 1. April 2008 wurde die DGB Rechtsschutz GmbH zehn Jahre alt. Der DGB-Rechtsschutz ist die größte deutsche und europäische „Fachkanzlei“ auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialrechts. Rund 450 Volljuristinnen und -juristen sowie Rechtssekretärinnen und -sekretäre verhelfen Gewerkschaftsmitgliedern vor Arbeits-, Sozial- und Verwaltungsgerichten zu ihrem Recht, die Zufriedenheitsgrad bei den Mandanten liegt bei über 85 Prozent. Von der Gründung im Jahr 1998 bis heute haben die Rechtssekretärinnen und -sekretäre des DGB Rechtsschutz 1,6 Millionen Verfahren geführt und dabei insgesamt 6,4 Milliarden Euro für die klagenden Gewerkschaftsmitglieder erstritten. Der kostenlose Rechtsschutz ist eines der wichtigsten Argumente für die Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft.

Bündnis übergibt 72.500 Unterschriften für Grundrecht auf Ausbildung

Das Bündnis aus Landesschülervertretungen, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der DGB-Jugend hat in Berlin dem Deutschen Bundestag eine Petition mit 72.500 Unterschriften übergeben. Darin fordern die Bündnispartner ein Grundrecht auf Ausbildung. Der DGB und Mitgliedsgewerkschaften haben im Jahr 2007 die Initiative „Ausbildung für alle“ gestartet. Sie unterstützt die Forderung, ein Grundrecht für Ausbildung als individuell einklagbares Recht ins Grundgesetz aufzunehmen. Dann wäre es politisch möglich, die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen. Danach muss für ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen die Zahl der Ausbildungsplätze den tatsächlichen Bedarf um 12,5 Prozent übersteigen. Für ein auswahlfähiges Angebot fehlten im vergangenen Jahr in Deutschland 200.000 Ausbildungsplätze
www.ausbildung-fuer-alle.de

Post für Angela Merkel

Im Rahmen Initiative "Ausbildung für Alle" bietet die DGB-Jugend ab dem 22. April eine besondere Gelegenheit. Wer dafür ist, dass ein einklagbarer Anspruch auf eine Ausbildung ins Grundgesetz aufgenommen werden sollte, kann dies der Kanzlerin persönlich sagen: Mit einer vorbereiteten E-Mail an die Bundeskanzlerin.
www.ausbildung-fuer-alle.de

Überwältigende Mehrheit für Mindestlöhne

80 Prozent der erwachsenen Bevölkerung befürworten branchenbezogene Mindestlöhne und unterstützen damit die Position der Gewerkschaften. Dies ergab eine repräsentative

Umfrage von Infratest dimap im Auftrag des DGB. Danach ist die Zustimmung mit 91 Prozent bei Linke-Anhängern am größten. Fast gleichauf liegen SPD-Wähler (85 Prozent) und Grüne-Anhänger (86 Prozent). Aber selbst CDU/CSU (75 Prozent) und FDP-Wähler (68 Prozent) stimmen mit größter Mehrheit für Mindestlöhne.

Das Südabitur kommt

Schüler in Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt sollen künftig die gleichen Abituraufgaben in den Fächern Deutsch und Mathematik lösen. Die Kultusminister der fünf Länder einigten sich darauf, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die ein "Südabitur" entwickeln soll. Frühestmöglicher Starttermin ist 2012. Die Schüler der fünf Bundesländer hatten bei Pisa überdurchschnittlich gute Leistungen erzielt.

Berufsorientierung bei überbetrieblichen Trägern

Das Bundesinstitut für Berufsbildung will die Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten fördern. Durch das Angebot einer frühzeitigen und praxisbezogenen Berufsorientierung soll vor allem Jugendlichen mit angestrebten Hauptschulabschluss der Übergang von der Schule in eine duale Berufsausbildung erleichtert werden. Ziel der Maßnahme ist auch, die Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss und/oder ohne Aussicht auf einen Ausbildungsplatz zu verringern. Die Berufsorientierungsmaßnahmen sollen Jugendlichen die Gelegenheit geben, für zwei Wochen in einer Bildungsstätte praktische Erfahrungen in drei berufsspezifischen Werkstätten zu machen. Die Berufsorientierung schließt mit einer Zertifizierung ab, die Schülern wie potenziellen Lehrherren als Entscheidungshilfe für die Berufswahl bzw. die Übernahme in ein Ausbildungsverhältnis dienen soll. Es handelt sich um ein Pilotprojekt, das auf drei Jahre begrenzt ist. Förderanträge sind beim Bundesinstitut für Berufsbildung zu stellen.

www.bibb.de

Neuer Ausbildungsberuf 2008: Produktionstechnologe(in)

Ab 1. August 2008 geht ein neuer Ausbildungsberuf an den Start. Produktionstechnologen erproben, sichern und optimieren Produktionsprozesse. Sie beherrschen klassische Fertigungsverfahren, innovative Produktionstechnologien sowie industrielle Informationstechnik und verfügen über Kommunikations- und Organisationsfähigkeiten.

www.bibb.de

Zuschüsse für Ausbilder bei ausbildungsbegleitenden Hilfen

Ausbilder, die Azubis während der Arbeitszeit für ausbildungsbegleitende Hilfen freistellen, können sich die Kosten erstatten lassen. Der Ausbilder muss dazu nach § 235 Sozialgesetzbuch III bei der Arbeitsagentur Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung beantragen. Den Antrag sollte er unbedingt stellen, bevor er den Azubi zum erstenmal freistellt. Die Bundesagentur für Arbeit übernimmt dann die zeitanteilige Ausbildungsvergütung einschließlich der Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherungsbeiträge.

Leben und Arbeiten im Ausland

Welche Möglichkeiten gibt es, einen Job im Ausland zu finden? Informationen zu diesem Thema bietet das BIZ im Rahmen einer Informationsveranstaltung an.

Mittwoch, den 25. Juni 2008

Mittwoch, den 23. Juli 2008

Ab 14.00 Uhr

Berufsinformationszentrum

Kapuzinerstraße 30

80337 München

Faszination Technik

Die Veranstaltung soll Schülern und Schülerinnen Ausbildungs-, Studien-, und Berufsmöglichkeiten in technischen Berufen näher bringen.

Freitag, den 06. Juli 2008

8.00-18.00 Uhr

Samstag, den 07. Juli 2008

9.00-16.00 Uhr

Berufsinformationszentrum

Kapuzinerstraße 30

80337 München

Au Pair Beratung

Ab Mittwoch, den 16. April gibt es ein neues Beratungsangebot im Jugendinformationszentrum (JIZ). Einmal pro Monat wird die Au Pair Vermittlung des Vereins für Internationale Jugendarbeit (VIJ) in der Zeit von 17 bis 19 Uhr Sprech- und Beratungsstunden für junge Leute abhalten, die ins Ausland möchten um Au Pair zu machen. Die nächsten Termine der Au Pair Beratung im JIZ sind der 28.5.08 und 25.6.08 jeweils 17 bis 19 Uhr. Das Angebot ist kostenlos, eine Anmeldung ist nicht erforderlich!

Jugendinformationszentrum München

Paul-Heyse-Str. 22,

80336 München

www.jiz-muenchen.de

Böckler-Aktion Bildung

Begabte junge Leute aus bildungsbenachteiligten Familien haben noch bis zum 31. Mai Zeit, um sich im Rahmen der Böckler-Aktion Bildung um ein Stipendium zu bewerben. Voraussetzungen:

Das Familieneinkommen ist bei den Bewerbern so bemessen, dass ein Anspruch auf den vollen BAföG-Satz vorliegt. Die BewerberIn hat in der Schule besondere

Leistungsfähigkeit und -bereitschaft gezeigt. Dabei spielen Noten eine Rolle, sie werden aber nicht abstrakt nach dem Durchschnitt beurteilt. Sehr wichtig ist auch, unter welchen

Umständen die Leistungen erbracht wurden. Die Bewerberin oder der Bewerber müssen bereit sein, sich gesellschaftspolitisch zu engagieren. Das können sie beispielsweise in den

Stipendiatengruppen der Stiftung tun, in Gewerkschaften oder in Initiativen.

www.boeckler.de/stipendium

Gewerkschaften im Aufwind

Gewerkschaften gehören offenbar noch nicht zum alten Eisen. Dies ist das Ergebnis einer aktuellen forsa-Umfrage für das Magazin Der Stern. Die Frage lautete, ob Gewerkschaften noch gebraucht werden. 85 Prozent der 18- bis 29-Jährigen stimmten dem zu.

Insgesamt halten vier von fünf Befragten die Gewerkschaften für notwendig.

Auch das Meinungsforschungsinstitut Emnid hat im Auftrag der Financial Times eine Umfrage zum Thema Gewerkschaft durchgeführt. 60 Prozent der Befragten glauben demnach, dass Gewerkschaften bereits eine bedeutende Rolle am Arbeitsplatz haben. Die Mehrheit der Deutschen wünscht sich, dass der Einfluss der Gewerkschaften wieder steigen soll. Gewerkschaftsforscher Michael Vester, Professor an der Universität Hannover, erklärt die Beliebtheit der Gewerkschaften im Interview mit der Metallzeitung so: "Wir beobachten einen Meinungswandel, der den Gewerkschaften mehr Chancen gibt. (...) Gewerkschaften haben ein berechtigtes politisches Mandat. Das ist vielen klar geworden, die mit der sozialen Schieflage und mit den Rentenplänen nicht einverstanden sind."

Ausbildungsstipendium Mediation

Die Fern-Universität Hagen vergibt ein Stipendium im Bereich Mediation. Bewerben kann man sich bis zum 30. Mai 2008 mit einem Projektvorschlag zum Thema Konfliktlösung z.B. in den Bereichen Familie, Schulen, Nachbarschaft.

www.fernuni-hagen.de/OERV/mediation

Arme Azubis

An den gut 1,7 Millionen Azubis in Deutschland ist der wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahre vorbeigegangen. Die Ausbildungsvergütungen stiegen – bereinigt um die Inflation – zwischen 2000 und 2006 im Westen nur minimal um 0,1 Prozent. Im Osten gab es sogar einen Rückgang um 0,4 Prozent.

Suche Ausbildungsplatz

Fast 100.000 BewerberInnen blieben 2006/2007 ohne Ausbildungsplatz, obwohl sie eine betriebliche Ausbildung anstreben. Ein großer Teil der Jugendlichen hat sich seit Jahren erfolglos beworben und taucht als „Altbewerber“ wieder auf. Auf mindestens 200.000 wird der zusätzliche Bedarf an Ausbildungsplätzen bei den Gewerkschaften geschätzt. Warteschleifen und Einstiegsqualifizierungen eingerechnet, sind insgesamt eine Millionen Jugendliche betroffen. Dabei werden in absehbarer Zeit dringend Fachkräfte gesucht. Deshalb fordert der DGB: Alle ‚Warteschleifen‘ an berufsbildenden Schulen und bei Bildungsträgern sollen in drei Jahren vollständig abgebaut werden: Wer Fachkräfte braucht, bildet sie am besten selbst aus.

Verdachtskündigungen bei Azubis ausgeschlossen

Verdachtskündigungen sind bei Azubis in aller Regel ausgeschlossen: Darauf weisen die Richter vom Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz in ihrem Urteil vom 31.8.2007 (KW 50, Az. 9 Sa 40/07) hin. Nur wenn „der besondere Charakter des Ausbildungsverhältnisses eine vertiefte Vertrauensbasis zwischen den Vertragspartnern erfordere“ ist eine Verdachtskündigung möglich.

